

14.05.2007 16:02

Umstrittenes Kraftwerk an Koppentraun wird nicht gebaut

Steirische Landesregierung beschloss, Abschlagszahlung von rund 443.000 Euro an die Betreiber GesmbH zu zahlen, damit die Kraftwerksanlage nicht gebaut wird.



Foto: APA

Das umstrittene Kraftwerksprojekt an der steirischen Koppentraun im Ausseerland wird nun nicht realisiert. Am Montag beschloss die steirische Landesregierung eine Entschädigungssumme von 425.000 Euro plus 18.000 Euro Anwaltskosten an die Betreiber GesmbH zu zahlen, damit die Kraftwerksanlage nicht gebaut wird. Darauf einigte sich die SPÖ-Mehrheit in der Landesregierung gegen die Stimmen der ÖVP.

Investoren. Private Investoren waren 2004 an die Realisierung eines Projekts gegangen, das die Wasserkraftnutzung an der Koppentraun im steirischen Salzkammergut an der Landesgrenze zu Oberösterreich vorsah. Zu diesem Zweck sollte das Wasser in einer 5,3 km langen und 1,8 m dicken Pipeline abgeleitet werden. Sofort regte sich Widerstand: Für eine relativ geringe Stromausbeute sollte einer der letzten unregulierten Alpenflüsse, ein bedeutendes Fliegenfischer-Gewässer und Paddelrevier geopfert werden, lautete der Einwand. Über 19.000 Unterschriften und knapp 6.000 Online-Petitionen wurden gesammelt und am Montag offiziell von einer Ausseer Abordnung - mit Paddel-Weltmeisterin Uschi Profanter - in Graz an Umweltlandesrat Manfred Wegscheider (S) überreicht.

Kriterienkatalog. Der zuständige Umweltlandesrat Manfred Wegscheider (SPÖ) verstand die Haltung der ÖVP nicht. Außerdem habe er einen Kriterienkatalog erarbeiten lassen, der vor dem Abschluss stehe und der österreichweit einmalig sei, da er bereits im Vorfeld klären helfe, ob so ein Projekt überhaupt eingereicht werden könne. Er vermute, "dass hier scheinbar ein gewisses politisches Kleingeld erzielt werden soll", sagte Wegscheider. Man habe auch die "Ablösesumme" wie von der ÖVP verlangt detailliert aufgeschlüsselt und prüfen lassen.

Geschichte. In der ÖVP sieht man die Geschichte anders, wenngleich LHStv. Hermann Schützenhöfer einräumte, dass man "in der Sache nicht weit von der SPÖ weg" sei. Der früherer Umweltlandesrat und jetzige Agrarreferent Hans Seitingner fürchtete, dass auf das Land Steiermark künftig bei ähnlichen Projekten (Schwarze Sulm, 380-kV-Leitung, Gipsabbau am Dörlstein, Anm.) Millionen-Euro-Forderungen auf das Land zukommen könnten. Die SPÖ habe nämlich mit diesem Beschluss ein Präjudiz geschaffen.